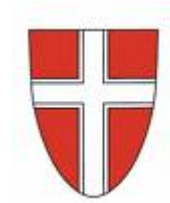


Satzung des Fonds Soziales Wien



gültig ab 6. Dezember 2007

§ 1 Name, Rechtsform, Wirkungsbereich und Sitz des Fonds

Der Fonds führt den Namen „Fonds Soziales Wien“ und wird nach dem Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz errichtet.

(1) Der „Fonds Soziales Wien“ ist gemeinnützig und hat Rechtspersönlichkeit. Er geht nach seinen Zielsetzungen nicht über den Interessensbereich des Landes Wien hinaus und strebt nicht die Erzielung von Gewinnen an.

(2) Der Sitz des „Fonds Soziales Wien“ ist Wien.

§ 2 Ziele des „Fonds Soziales Wien“

(1) Der „Fonds Soziales Wien“ hat folgende gemeinnützige Zielsetzungen:

1. Verbesserung der Gesundheit und des Gesundheitsbewusstseins der Bevölkerung
2. Unterstützung in den sozialen Grundbedürfnissen Wohnen und Arbeit für bedürftige Menschen
3. Medizinische, psychische und soziale Beratung, Behandlung und Betreuung sowie Pflege von bedürftigen Menschen
4. Präventionsmaßnahmen zur Vorbeugung und Verhinderung bzw. Verringerung einer Bedürftigkeit
5. Rehabilitation und gesellschaftliche Integration dieser Zielgruppen

(2) Eine Bedürftigkeit im Sinne des Abs. 1 Z 2 bis 5 definiert sich insbesondere aufgrund:

1. fortgeschrittenen Lebensalters
2. einer geistigen und/oder körperlichen Behinderung
3. einer psychischen und/oder Suchterkrankung

4. einer besonderen sozialen Not- und Lebenslage

§ 3 Aufgaben des „Fonds Soziales Wien“

(1) Der „Fonds Soziales Wien“ hat insbesondere folgende Maßnahmen zur Umsetzung seiner Ziele gemäß § 2 durchzuführen:

1. Planung des Bedarfs an Angeboten und Leistungen, Erstellen von Leitlinien und Qualitätskriterien zur Durchführung der Maßnahmen
2. Organisation und Durchführung spezifischer Angebote im eigenen Geschäftsbereich bzw. durch die Vergabe von Aufträgen
3. Förderung und Koordination von Organisationen, Einrichtungen und Projekten
4. Förderung und Koordination von Maßnahmen von und für Einzelpersonen
5. Dokumentation, Evaluation - insbesondere der durchgeführten Maßnahmen und erbrachten Leistungen
6. Durchführung bzw. Initiierung von wissenschaftlichen Erhebungen, Studien, o.ä. – Erarbeitung von Grundlagen und Entwicklung innovativer Ansätze und Strategien
7. Erstellung von Gutachten, Stellungnahmen und Empfehlungen hinsichtlich gesundheitsbezogener oder sonstiger Maßnahmen
8. Stellungnahmen und Empfehlungen von und zu Vorschlägen sowie im Begutachtungsverfahren zu Gesetzen und Verordnungen
9. Erarbeitung von Grundlagen zur Gestaltung von Strategien und Maßnahmen
10. Durchführung bzw. Koordination von konzeptionellen Maßnahmen
11. Unterstützung regionaler Vernetzungs- und Kommunikationsinitiativen

12. Mitwirkung am nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch, Teilnahme an Projekten und Programmen
13. Information der Öffentlichkeit
14. Veröffentlichung eines Tätigkeitsberichtes alle zwei Jahre

(2) Zur Geschäftstätigkeit des „Fonds Soziales Wien“ gehören auch sämtliche administrativen Tätigkeiten, sowie Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind. Aus organisatorischen oder betriebswirtschaftlichen Gründen ist die Beteiligung oder Gründung an/von Tochtergesellschaften, -betrieben möglich.

§ 4 Förderrichtlinien

(1) Förderungen nach § 3 Abs. 1 Z 3 und 4 werden über Antrag gewährt. Förderungswerber/innen haben sich zu verpflichten, die Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung von Fördermitteln zuzulassen und zu unterstützen. Nicht widmungsgemäß verwendete Mittel sind rückzuerstatten.

(2) Das Kuratorium kann Förderrichtlinien beschließen, wobei abgestellt auf die verschiedenen Arten von Förderungen nähere Bestimmungen zu folgenden Punkten zu treffen sind:

1. Persönliche und sachliche Voraussetzungen für die Gewährung von Förderungen, z.B. hinsichtlich Wohnsitz, Einkommen, Subsidiarität, etc.
2. Bedingungen, an welche die Förderung zu knüpfen ist
3. Verpflichtungen, die ein/e Förderungswerber/in im Fall der Gewährung von Förderungen zu übernehmen hat
4. Vorgabe von Qualitäts- und Effizienzmaßstäben für Förderungsmaßnahmen
5. Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zur Evaluierung des Erfolges von Förderungsmaßnahmen
6. Art und Höhe der Förderung

§ 5 Mittel des „Fonds Soziales Wien“

Die Mittel des „Fonds Soziales Wien“ setzen sich zusammen wie folgt:

1. Dem „Fonds Soziales Wien“ ist mit unwiderruflicher Erklärung des Fondsgründers Stadt Wien vom 14. Dezember 2000 (GR-Beschluss, PR.Z. 121/00-GGS) ein Vermögen von 10,011.772 Euro (137,765.000 Schilling), in Worten zehn Millionen und elftausendsiebenhundertzweiundsiebzig Euro (einhundertsiebenunddreißig Millionen und siebenhundertfünfundsechzigtausend Schilling) gewidmet.

Der Fonds wurde mit Bescheid des Amtes der Wiener Landesregierung vom 15. Dezember 2000 (ZL MA62-II/251/00) für zulässig erklärt und stützt seinen bisherigen Rechtsbestand auf die mit Bescheid des Amtes der Wiener Landesregierung vom 31.3.2005 (ZI MA62-II/1077/05) genehmigte Satzung.

Mit Beschluss des Kuratoriums und Präsidiums vom 7. November 2007 wurde die Neufassung der Satzung beschlossen.

2. Folgedotationen der Stadt Wien
3. Beiträge, Förderungen oder sonstige Zuwendungen anderer öffentlicher und privater Körperschaften sowie sonstiger öffentlicher und privater Stellen und Einzelpersonen
4. Freiwillige Zuwendung von materiellen und immateriellen Werten, insbesondere von Geld, Gütern, Dienstleistungen, Rechten, etc.
5. Fördermittel der EU
6. Rückflüsse aus Forderungen und Verträgen
7. Erträge aus dem Vermögen des Fonds
8. Aufnahme von Krediten
9. Erträge und eigene Einnahmen

§ 6 Verwendung der Mittel des „Fonds Soziales Wien“

(1) Die Mittel des „Fonds Soziales Wien“ sind für die Erfüllung der gemeinnützigen Ziele (§ 2) und Aufgaben (§ 3) zu verwenden.

(2) Ein Rechtsanspruch von Fondsbegünstigten auf Leistungen des „Fonds Soziales Wien“ besteht nicht; er kann auch nicht aus fortlaufenden Leistungen abgeleitet werden.

§ 7 Organe des „Fonds Soziales Wien“

Die Organe des „Fonds Soziales Wien“ sind:

1. Das Kuratorium
2. Das Präsidium
3. Die Geschäftsführung

§ 8 Das Kuratorium

(1) Das Kuratorium besteht aus mindestens sieben, höchstens zehn Mitgliedern. Die genaue Zahl wird durch Beschluss des Stadtsenates bestimmt. Ein Mitglied übt die Funktion des Vorsitzenden, zwei weitere Mitglieder die des/der ersten und des/der zweiten Stellvertreters/Stellvertreterin aus.

(2) Das Kuratorium setzt sich zusammen wie folgt:

Die Stadt Wien entsendet zumindest drei Bedienstete aus dem Bereich Sozial- und Gesundheitswesen sowie zumindest je eine/n Bedienstete/n aus den Bereichen Jugendwohlfahrt, Frauenangelegenheiten, Wohnen und Finanzverwaltung. Die Entsendung erfolgt auf Vorschlag des jeweils nach der Geschäftsgruppeneinteilung zuständigen amtsführenden Stadtrates bzw. der amtsführenden Stadträtin durch Beschluss des Stadtsenates. Für jedes dieser Mitglieder ist ein Ersatzmitglied zu bestellen.

(3) Der/Die Vorsitzende und seine/ihre Stellvertreter/innen, die selbst Mitglieder des Kuratoriums sind, werden vom Stadtsenat auf Vorschlag des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin bestellt. Ihre Funktionsperiode beträgt 3 Jahre. Eine Wiederbestellung ist möglich.

(4) Die Kuratoriumsmitglieder gemäß Abs. 2 können vom/von der Vorschlagsberechtigten jederzeit und ohne Angabe von Gründen durch schriftliche Mitteilung an den/die Vorsitzende/n abberufen werden. Wird ein/eine Nachfolger/in nicht binnen 4 Wochen vom Vorschlagsberechtigten gemäß Abs. 2 dem Stadtsenat zur Bestellung vorgeschlagen, geht das Vorschlagsrecht auf den Stadtsenat über.

(5) Das Kuratorium kann beschließen, seinen Sitzungen weitere Personen, jedenfalls eine/n Vertreter/in des Betriebsrates, mit beratender Stimme beizuziehen.

(6) Die Geschäftsführung ist verpflichtet, sämtliche erforderlichen Unterlagen zur Ver-

fügung zu stellen und an den Sitzungen teilzunehmen.

(7) Die Mitglieder des Kuratoriums sowie zur Beratung zugezogene Experten/innen üben ihre Funktion ehrenamtlich aus.

§ 9 Aufgaben des Kuratoriums

(1) Dem Kuratorium obliegt die Vorberatung aller Angelegenheiten, die gemäß § 12 Abs. 2 in die Zuständigkeit des Präsidiums fallen. Hinsichtlich der Anträge gemäß § 12 Abs. 2 Z 4 und Z 5 muss eine ausdrückliche Zustimmung des Kuratoriums erfolgen.

(2) Das Kuratorium kann auf Vorschlag der Geschäftsführung Förderrichtlinien gemäß § 4 Abs. 2 beschließen.

(3) Das Kuratorium gibt sich eine Geschäftsordnung.

(4) Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte, auf Vorschlag des/der Vorsitzenden, Ersatzmitglieder für die Mitglieder des Präsidiums.

§ 10 Sitzungen und Beschlussfassung des Kuratoriums

(1) Das Kuratorium wird vom/von der Vorsitzenden, bei dessen/deren Verhinderung durch den/die erste/n oder zweite/n Stellvertreter/in, mindestens zweimal im Jahr einberufen.

(2) Das Kuratorium ist bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder beschlussfähig. Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, werden die Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden (bei Verhinderung die des/der ersten Stellvertreters/Stellvertreterin, bei dessen/deren Verhinderung jene des/der zweiten Stellvertreters/Stellvertreterin) den Ausschlag.

§ 11 Das Präsidium

(1) Das Präsidium besteht aus dem/der Vorsitzenden des Kuratoriums und seinem/ihrer erste/n und seinem/ihrer zweite/n Stellvertreter/in.

(2) Das Präsidium hat sich eine Geschäftsordnung zu geben.

(3) Das Präsidium kann beschließen, zu seinen Sitzungen weitere Personen mit beratender Stimme beizuziehen.

(4) Die Mitglieder des Präsidiums sowie zur Beratung zugezogene Expert/innen üben ihre Funktion ehrenamtlich aus.

§ 12 Aufgaben des Präsidiums

(1) Dem Präsidium obliegen die Vorbereitung und Durchführung der Kuratoriumssitzungen.

(2) Dem Präsidium obliegt die Beschlussfassung über folgende Angelegenheiten:

1. die Genehmigung des Stellenplanes
2. die Genehmigung des Budgetvoranschlags
3. die Genehmigung des Jahresrechnungsabschlusses
4. die Änderung der Fondssatzung
5. die Auflösung des „Fonds Soziales Wien“
6. die Genehmigung des Abschlusses von Miet- und Pachtverträgen, deren Laufzeit 2 Jahre, oder deren Gesamtkosten die Hälfte der Betragsgrenze des § 88 Abs. 1 lit. e der Wiener Stadtverfassung pro Geschäftsfall übersteigen
7. die Genehmigung des Eingehens sonstiger Verbindlichkeiten, deren jährliche Höhe den Wert nach § 88 Abs. 1 lit. e der Wiener Stadtverfassung um das Zehnfache pro Geschäftsfall übersteigt
8. Zustimmung zur Aufnahme von Krediten (§ 5 Z 8)
9. die Bestellung des/der Geschäftsführers/Geschäftsführerin und seiner/ihrer Stellvertreter/Stellvertreterinnen sowie der Abschluss und die Auflösung etwaiger Dienstverträge mit diesen Personen.
10. die Geschäftsordnung des Präsidiums
11. die Geschäftsordnung der Geschäftsführung
12. die jährliche Bestellung eines/einer Wirtschafts-(abschluss-)prüfers/prüferin (§14)
13. (3) Das Präsidium kann dem Geschäftsführer/der Geschäftsführerin in wichtigen Fällen begründete Weisungen erteilen,

soweit die Tätigkeit des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin nicht ohnedies durch Förderrichtlinien gemäß § 4 bestimmt ist. Über erteilte Weisungen hat das Präsidium dem Kuratorium in seiner nächstfolgenden Sitzung zu berichten.

§ 13 Sitzungen und Beschlussfassungen des Präsidiums

(1) Das Präsidium ist nur bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder beschlussfähig.

(2) Bei Abwesenheit werden Präsidiumsmitglieder von Ersatzmitgliedern (gemäß § 9 Abs. 4) vertreten. Die Anwesenheit und Vorsitzführung zumindest eines gemäß § 8 Abs. 3 bestellten Präsidiumsmitglieds ist in jedem Fall erforderlich.

(3) Beschlüsse (außer gemäß Abs. 4) bedürfen der Zustimmung von mindestens zwei Mitgliedern. Eine Stimmenthaltung ist möglich.

(4) Beschlüsse gemäß § 12 Z 4 und 5 bedürfen der Einstimmigkeit aller gemäß § 8 Abs. 3 bestellten Präsidiumsmitglieder.

§ 14 Die Rechnungsprüfung

(1) Der/Die Wirtschaftsprüfer/in wird vom Präsidium (gemäß § 12) jährlich bestellt. Eine Wiederbestellung ist möglich.

(2) Dem/Der Rechnungsprüfer/in obliegen die Überwachung der Gebarung, die periodische Kontrolle der Buch- und Kassaführung und die Prüfung des Jahresrechnungsabschlusses.

§ 15 Die Geschäftsführung

(1) Die Geschäftsführung besteht aus dem/der Geschäftsführer/in und weiteren Mitarbeiter/innen. Das Präsidium hat eine/n oder (dem Aufgabenumfang des Fonds entsprechend) mehrere Stellvertreter/innen des/der Geschäftsführers/Geschäftsführerin zu bestellen. Die Geschäftsführung besorgt unter Leitung des/der Geschäftsführers/Geschäftsführerin die Aufgaben des „Fonds Soziales Wien“, soweit sie nicht dem Präsidium vorbehalten sind. Ihr obliegt die Vorbereitung der Beschlüsse der anderen Organe des „Fonds Soziales Wien“.

(2) Die Geschäftsführung hat einen operationalisierten Jahresarbeitsplan und den Budgetvoranschlag für das nächstfolgende Ge-

schäftsjahr, das mit dem Kalenderjahr identisch ist, bis spätestens 15. Dezember des laufenden Jahres zu erstellen und dem Präsidium zur Genehmigung vorzulegen.

(3) Die Geschäftsführung hat den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des „Fonds Soziales Wien“ sowie den Jahresrechnungsabschluss zu verfassen und dem Präsidium so rechtzeitig zur Genehmigung vorzulegen, dass diese bis Ende Juni des Folgejahres der Fondsbehörde übermittelt werden können.

(4) Über den Abschluss von Dienstverträgen besteht für den/die Geschäftsführer/in gegenüber dem Präsidium eine jährliche Berichtspflicht.

(5) Die Geschäftsführung hat dem Präsidium laufend, mindestens alle drei Monate über die Geschäftstätigkeit zu berichten. Unbeschadet dessen stehen dem Präsidium jederzeit Informations- und Auskunftsrechte betreffend die Geschäftstätigkeit des Fonds Soziales Wien zu.

§ 16 Vertretung nach außen

(1) Der „Fonds Soziales Wien“ wird in allen rechtsgeschäftlichen Angelegenheiten vom Leiter/von der Leiterin der Geschäftsführung (Geschäftsführer/in) vertreten. Der/Die Geschäftsführer/in vertritt den „Fonds Soziales Wien“ nach außen, auch in sämtlichen Angelegenheiten, die eine Beteiligung, Mitwirkung oder Engagement des „Fonds Soziales Wien“ in anderen Organisationen betreffen.

(2) Zur rechtsverbindlichen Zeichnung sind, sofern im Folgenden nicht anderes bestimmt ist, zwei Unterschriften erforderlich: die des/der Geschäftsführers/Geschäftsführerin und eines/einer Stellvertreters/Stellvertreterin. Bei Verhinderung des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin zeichnet ein Stellvertreter/eine Stellvertreterin und ein/eine von dem/der Geschäftsführer/ Geschäftsführerin beauftragter/beauftragte Mitarbeiter/Mitarbeiterin.

(3) Für das Eingehen von Verbindlichkeiten, deren jährliche Höhe zwei Drittel der Betragsgrenze des Wertes nach § 88 Abs. 1 lit. e der Wiener Stadtverfassung pro Geschäftsfall nicht übersteigt, genügen die Unterschriften zweier vom/von der Geschäftsführer/Geschäftsführerin beauftragter Mitarbeiter/innen.

(4) Für das Eingehen von Verbindlichkeiten, deren jährliche Höhe ein Neunundvierzigstel

der Betragsgrenze des Wertes nach § 88 Abs. 1 lit. e der Wiener Stadtverfassung pro Geschäftsfall nicht übersteigt, genügt eine Unterschrift: die des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin oder die eines/einer Stellvertreters/Stellvertreterin des/der Geschäftsführers/Geschäftsführerin oder die eines/einer von dem/der Geschäftsführer/Geschäftsführerin beauftragten Mitarbeiters/Mitarbeiterin.

(5) Für den Abschluss von Dienstverträgen genügt die Unterschrift des/der Geschäftsführers/Geschäftsführerin oder eines/einer Stellvertreters/Stellvertreterin des/der Geschäftsführers/Geschäftsführerin oder die eines/einer von dem/der Geschäftsführers/Geschäftsführerin beauftragten Mitarbeiters/Mitarbeiterin.

§ 17 Beirat

(1) Der Beirat wird zur direkten Information der Mitglieder des Wiener Gemeinderates eingerichtet.

(2) Der/Die Geschäftsführer/in berichtet im Beirat über die Beschlüsse des Kuratoriums und des Präsidiums.

(3) Der Beirat besteht aus dem/der für die Dotation des „Fonds Soziales Wien“ zuständigen amtsführenden Stadtrat/rätin und einer vom Gemeinderat zu bestimmenden Anzahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern, die jeweils mindestens zehn betragen muss.

(4) Die Mitglieder/Ersatzmitglieder werden auf die wahlwerbenden Parteien im Verhältnis der ihnen angehörenden Gemeinderatsmitglieder nach den im § 96 Abs. 1 der Wiener Gemeinderatswahlordnung festgelegten Grundsätzen verteilt.

(5) Die im Gemeinderat vertretenen Parteien entsenden die Mitglieder des Beirates aus dem Kreis der aktiven Mitglieder des Gemeinderates für die Dauer einer Legislaturperiode. Die Mitgliedschaft endet frühzeitig durch Rücktritt, Beendigung der aktiven Funktion im Gemeinderat bzw. durch Widerruf der entsendenden Partei.

(6) Der Beirat wird vom/von der Vorsitzenden mindestens zweimal im Jahr schriftlich einberufen.

(7) Der Beirat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

(8) Der Beirat kann zu seinen Sitzungen weitere Personen zu seiner Beratung beiziehen.

(9) Die Mitglieder des Beirates haben das Recht, spätestens eine Woche vor der Sitzung des Beirates schriftliche Anfragen an den/die Geschäftsführer/in zu richten.

§ 18 Kontrolle

Der „Fonds Soziales Wien“ unterliegt außer der durch Gesetz geregelten Kontrolle, jener durch Organe der Stadt Wien und durch sie beauftragte Dritte.

§ 19 Auflösung des „Fonds Soziales Wien“

Bei Auflösung des „Fonds Soziales Wien“ durch Beschluss des Präsidiums mit Zustimmung des Kuratoriums und mit fondsbehördlicher Bewilligung oder durch behördliche Verfügung, geht das vorhandene Fondsvermögen auf die Stadt Wien mit der Bedingung über, dass es ausschließlich für die in § 2 genannten gemeinnützigen Zwecke verwendet wird.